

Ablösung der Schuldverschreibungen der Länder im Interesse des Aufbaues unserer gesamten Wirtschaft. Ferner sind in dieser Ausgabenposition 100 Millionen DM für langfristige Kredite an die Landwirtschaft enthalten, insbesondere zur Finanzierung unserer Bauten für die Neubauern.

Darüber hinaus enthält dieser Plan VII auf der Ausgabenseite eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben sowie außerdem die Summe für Reparationen und Besatzungskosten. Hierbei ergibt sich das erfreuliche Bild, daß von der Finanzseite her der Anteil der Reparationen an der Gesamtsumme des Haushaltsplanes im Vergleich zum Jahre 1949 um 47 Prozent gesunken ist. Ebenso hat sich der Anteil der Besatzungskosten an der Summe des Haushaltsplanes um die Hälfte, also genau um 50 Prozent, verringert.

(Bravo!)

Während sich also bei uns die Besatzungskosten und Reparationen tatsächlich verringern, werden die sich stetig steigenden Ausgaben für die imperialistischen Besatzungsmächte in Westdeutschland zu einer Geißel für die gesamte westdeutsche Bevölkerung. Das Finanzministerium in Bonn berichtet, daß bis zum 31. Dezember 1949 der westdeutschen Bevölkerung Besatzungskosten in Höhe von wenigstens 20,2 Milliarden Westmark auferlegt worden sind.

(Hört, hört!)

Diese Summe für diese Ausgaben dürfte aber in Wirklichkeit noch wesentlich überschritten worden sein, weil zahlreiche Ausgaben, die durch die westdeutschen Kreise und Gemeinden außerdem noch geleistet werden mußten, gar nicht in den Länderhaushalten in Erscheinung treten. Die „Nürnberger Nachrichten“ vom 13. Januar 1950 kennzeichnen diesen kolonialen Charakter und die ungeheuerliche Aussaugung mit folgenden Worten:

Die Ausgaben für Besatzungskosten, Kriegslasten usw. werden im neuen Rechnungsjahr 9,135 Milliarden Mark betragen. Die Ausgaben für die eigentlichen Staatsaufgaben zum Zwecke der Förderung der Kultur und des Wirtschaftslebens werden dagegen nur 7,7 Milliarden ausmachen.

Demgegenüber vergleiche man den Haushaltplan der Deutschen Demokratischen Republik, ja, man vergleiche nur den letzten Einzelplan, den ich soeben behandelte, nämlich den Einzelplan VII mit den Gesamtausgaben von 5469 Millionen DM, worin enthalten sind die weit über 1 Milliarde DM an die Notenbank. In dieser Position sind bei uns enthalten Reparationen und Besatzungskosten — und hier sehen wir ein solches Bild der Entwicklung in Westdeutschland! Hier wird also offiziell bestätigt, daß die Besatzungskosten etwa 10 Milliarden Westmark bereits betragen. Bezieht man diese Summe auf die 13,5 Millionen Beschäftigten in Westdeutschland, so entspricht das für jeden Beschäftigten einer Abgabe von drei vollen Monatsgehältern. Mit anderen Worten, jeder Beschäftigte in Westdeutschland zahlt jährlich die Summe von drei durchschnittlichen Monatsgehältern an die Hohen Kommissare.

Meine Damen und Herren! Wird nicht der Unterschied zwischen der Kolonialpolitik der Westmächte und der Friedenspolitik der Sowjetunion schon dadurch deutlich, daß demgegenüber die Sowjetische Kontrollkommission der Deutschen Demokratischen Republik vor Abschluß des Rechnungsjahres 1949 den Betrag von 73,8 Millionen DM überwiesen hat, der sich aus dem Verkauf von Waren der Intourist- und Gastronomiläden an sowjetische Bürger ergab? Aber das ist noch nicht alles. Am 30. Januar 1950 wurde ein Brief des Herrn Armeegenerals Tschukow an unseren stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht veröffentlicht, der die Einstellung der Annahme von

weiteren Forderungen auf Rückerstattung von im Kriege geraubten Gütern mitteilt. Dies geschieht zur selben Zeit, wo in Westdeutschland die Willkürherrschaft und die ständige Unsicherheit durch die Demonstagen-gewaltige Ausmaße annehmen.

Meine Damen und Herren, soweit also die Ausgabenseite des Planes VII.. Was nun die Einnahmenseite anbetrifft, so setzt sie sich hauptsächlich aus Verwaltungsgebühren und Strafgeldern zusammen. 76 Millionen sind als Überschuß aus dem Haushaltjahr 1949 und 35 Millionen DM als Gewinne unserer volkseigenen Banken verplant. Außerdem sind 140 Millionen DM Resteinnahmen aus der Kapitalbereinigung der volkseigenen Betriebe von 1949, sowie 24 Millionen DM aus ehemaligen Wohnungs- und Siedlungsdarlehen in den Einnahmen enthalten.

Einzelplan VIII, Industrie: Einnahmen 307 Millionen DM, Ausgaben 980 Millionen DM. Die Summe der Einnahmen dieses Planes besteht in der Hauptsache aus den Nettogewinnen der volkseigenen Betriebe und Abführungen von überschüssigen Umlaufmitteln in Höhe von insgesamt 300 Millionen DM. Auf der Ausgabenseite sind rund 550 Millionen DM für Investitionen, rund 71 Millionen DM für Zuführung von Umlaufmitteln an die Vereinigungen der volkseigenen Betriebe und weitere 320 Millionen DM für Stützung der Grundstoffindustrie verplant. Die Gegenüberstellung dieser Beträge zeigt, in welchem Umfang Haushaltsmittel für die volkseigene Industrie angelegt werden und damit im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung, der Arbeiter, der werktätigen Bauern, Künstler und der schaffenden Intelligenz wirksam werden.

Gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag der Regierung zur Durchführung der Verordnung über das Erfassen, Sammeln und Aufbereiten von Eisen-, Stahl- und Buntmetallschrott in der Höhe von 17,5 Millionen DM hat der Haushaltsausschuß diese Ausgabenpositionen um 25 Millionen DM erhöht. Die Einnahmen und Ausgaben sind darüber hinaus vom Ausschuß um 100 000 DM erhöht worden, um die Mittel für die Wirtschaftsschule der volkseigenen Betriebe sicherzustellen.

Einzelplan IX, Land- und Forstwirtschaft: Einnahmen 14,8 Millionen DM, Ausgaben 324,8 Millionen DM. Der größte Ausgabeposten hierbei betrifft die Investitionen, für die rund 170 Millionen DM vorgesehen sind. Für den Ankauf von Traktoren sind allein 42 Millionen, für den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen 19 Millionen und für den Bau und die Einrichtung von Kulturhäusern 8,5 Millionen verplant worden.

Während in den kapitalistischen Ländern, so auch in Westdeutschland, die landwirtschaftliche Produktion immer mehr zurückgeht, werden in den volksdemokratischen Ländern, ganz besonders jedoch in der Sowjetunion und auch in der Deutschen Demokratischen Republik, alle Mittel und Möglichkeiten ausgenutzt, um die landwirtschaftliche Produktion ständig zu steigern und den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung ständig zu heben. Für die Förderung des Ackerbaues, Wein-, Obst- und Gemüsebaues, Gartenbaues, Kulturbaues, Veterinärwesens und nicht zuletzt für die Technik in der Landwirtschaft sind erhebliche Ausgaben vorgesehen. Auch Haushaltsmittel für die Ausbildung von Fachkräften, für Propaganda und große landwirtschaftliche Ausstellungen sind verplant worden. Den Forschungsanstalten und Versuchsabteilungen in der Forstwirtschaft werden große Summen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt.

Alle Anstrengungen in der Land- und Forstwirtschaft dienen dazu, bereits in diesem Jahre die Friedenshektarerträge zu erreichen und die geplante Aufhebung der Rationierung sicherzustellen. Nach dem